

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

nachhaltiges Wachstum und finanzielle Solidität sind entscheidend für Deutschlands Wohlstand. Während wir in der vergangenen Woche im Rahmen der ersten Nachhaltigkeitstage des Deutschen Bundestages über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert haben, steht diese Woche die Debatte über den Bundeshaushalt 2021 und den Finanzplan bis 2024 an. Hier schließt sich gewissermaßen ein Kreis. Für uns als Union ist eine solide Haushaltspolitik die Grundvoraussetzung für einen handlungsfähigen Staat.

Dabei stellt uns die Corona-Pandemie auch im Bundeshaushalt vor größte Herausforderungen. Für das kommende Jahr wird erneut eine hohe Nettokreditaufnahme erforderlich sein. Umso wichtiger sind jetzt die richtigen Prioritäten. Es gab noch nie so viel Geld für Zukunfts- und Digitalisierungsprojekte wie aktuell. Wir sollten diese Chance gemeinsam nutzen, um Schub zu kriegen für die Technologien von morgen. Das reicht von digitaler Bildung über zusätzliche Investitionen in Künstliche Intelligenz und moderne Kommunikationstechnologien bis zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen. Unser Motto für die kommenden Monate lautet: Umsetzen, umsetzen, umsetzen.

Die Regeln der Schuldenbremse haben sich bewährt. Wir haben in wirtschaftlich guten Zeiten Vorsicht getroffen. Durch starkes Wirtschaftswachstum wies die Schuldenquote mit 59,8 % im vergangenen Jahr erstmals seit 2002 wieder den Maastricht-Referenzwert. Diese vorausschauende Haushaltspolitik hat unser entschlossenes Handeln in der Krise erst ermöglicht.

Ein Rütteln an den Regeln der Schuldenbremse kommt für uns

deshalb nicht in Frage. Wir halten an unserem Ziel fest, mit dem Haushalt für das Jahr 2022 wieder zu den Regeln der normalen Schuldenbremse zurückzukehren.

Wir feiern am 3. Oktober den 30. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Unsere tiefe Dankbarkeit gilt allen Menschen, die sich ihre Freiheit Stück für Stück erkämpft haben. Ihr Mut und ihre Entschlossenheit haben die friedliche Revolution möglich gemacht. Die Wiedervereinigung ist für ganz Deutschland ein wichtiges und glückliches Ereignis. Seit drei Jahrzehnten leben wir in einem freien und geeinten Land. Die Union war seinerzeit die letzte politische Kraft, die noch an diesem Ziel festgehalten hat. Im Rückblick ist vieles gut gelaufen, manches wurde jedoch zu wenig wahrgenommen und wertgeschätzt. Für die Zukunft wünsche ich mir ein optimistisches Gesamtdeutschland mit kraftvollen Regionen und einer gemeinsamen Perspektive.

Herzliche Grüße
Ihr/Euer



FOTO DER WOCHE

REDE ZUM BUNDESHAUSHALT 2021

Mit meiner Bundestagsrede zum Haushalt 2021 habe ich traditionell Lob und Kritik zur Haushaltspolitik der Bundesregierung angebracht.

Durch die Corona-Maßnahmen stehen wir unter einem immensen Druck. Die Steuerschätzung zeigt auf, wie dramatisch sich die Lage entwickelt. Für uns alle ist noch nicht absehbar, wie hoch der tatsächliche wirtschaftliche und in Folge dessen auch der Schaden im sozialen Bereich für unser Land, für Europa langfristig sein wird.

Wir haben mit dem Nachtragshaushalt auf die Krise schnell reagiert und wir werden mit dem Bundeshaushalt 2021 alles tun, um den Schaden für die Menschen in unserem Land so gering wie irgend möglich zu halten. Mit dem "Konjunkturpaket" und den Instrumenten, wie Kurzarbeitergeld, Sofort- und Überbrückungshilfen, Einstieg des Bundes bei systemrelevanten Unternehmen aber auch den Investitionspaketen haben wir bis jetzt viel abfedern können, um Arbeitsplätze zu sichern. Das ist temporär notwendig gewesen. Jedoch wissen wir alle, dass diese schuldenfinanzierten Maßnahmen endlich sind.

Auch können wir Marktmechanismen nicht dauerhaft außer Kraft setzen. Unser Land braucht positive Signale damit durch eine wachsende Wirtschaft wieder mehr Steuereinnahmen erarbeitet werden. Alle unsere Milliarden werden aber verpuffen, wenn es uns nicht gelingt, parallel zur gesundheitlichen Bewältigung, in der täglichen medialen Berichterstattung im Bereich Corona verbal abzurufen. Der Daueralarm den wir erleben, der versetzt Menschen in eine Dauerangst. Mit Angst kann sich aber Wirtschaft nicht entfalten. Angst lähmt, Angst hemmt. Mit Angst wird nicht konsumiert und nicht investiert. Deshalb: Vorsicht ja, Daueralarm bitte abstellen!

Meine bitte an die Medien und einige Politiker: Lassen Sie uns über die wohl relevanteste Kennzahl sprechen, nämlich diejenige, die Auskunft darüber gibt, in welcher Anzahl unsere Krankenhäuser und Intensivstationen mit positiv Getesteten Corona Patienten belegt sind. Für mich ist dies der relevanteste Gradmesser. Und der ist nach wie vor in Deutschland beruhigend. Der Bundeswirtschaftsminister hat uns einen Entwurf mit über 10,13 Mrd. € vorgelegt, der sehr zielgerichtet auf die derzeitige Situation eingeht.



Er gibt positive Signale und kann enormes Wachstum mit Innovationssprüngen auslösen. Hierfür danke ich Minister Altmaier.

Die Luftfahrtbranche liegt wegen der Corona Krise am Boden. Damit wir aber nach der Krise im Wettbewerb besser bestehen können, wollen wir mit Haushaltsmitteln Starthilfe leisten, um die Flotte mit neuen moderneren Maschinen effizienter und damit startklar für die Zukunft zu machen. Der Gesamte Luft- und Raumfahrtbereich erhält 2,88 Mrd. Euro.

Dieser Haushalt muss Möglichkeiten geben, damit auch der Tourismus aus dem Ausland in unserem Land im kommenden Jahr wieder anzieht. Deshalb kündige ich bereits heute an, dass wir die Deutsche Zentrale für Tourismus, die für Urlaub in Deutschland wirbt, mit zusätzlichen Mitteln ausstatten. Und wir werden in die maritime Zukunft unseres Landes genauso investieren wie in neue Mobilitätstechniken. Die Chancen der Globalisierung werden wir nicht nur bei internationalen Energiepartnerschaften suchen, sondern mit unseren Instrumenten der Auslandschadenskamern und der GTAI den Mittelstand massiv beim Exportgeschäft helfen.

Insgesamt freue ich mich auf spannende Haushaltsberatungen und verspreche, dass der jetzt schon sehr gute Entwurf nach diesen Beratungen noch besser aussehen wird, als er schon ist.

THEMEN DER WOCHE

HAUSHALTSGESETZ 2021

Der Haushaltsentwurf steht im Zeichen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der umfangreichen Maßnahmen, die im Hinblick auf die Bekämpfung der Corona-Krise erforderlich sind. Insbesondere mit einer breiten Investitionsoffensive soll den Auswirkungen der Pandemie begegnet werden. Schwerpunkte der das Vorkrisenniveau deutlich übersteigenden Investitionsausgaben sind die Bereiche moderne Infrastruktur, ein klimafreundlicher Umbau der Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie die Unterstützung der Länder beim Thema Kinderbetreuung. Die Corona-bedingt außergewöhnliche Situation macht es auch 2021 erforderlich, die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse zu nutzen, um die Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt über eine hohe Neuverschuldung auszugleichen. Nach aktuellem Stand wird sich die Nettokreditaufnahme auf 96,2 Mrd. Euro belaufen; der über die normale Schuldenregelung hinausgehende Anteil soll ab 2026 über 17 Jahre getilgt werden.

FINANZPLAN DES BUNDES 2020-2024

Die mittelfristige Finanzplanung ist ein Planungsinstrument der Bundesregierung, zu dem der Deutsche Bundestag kein Gesetz verabschiedet. Der Finanzplan bis 2024 ist maßgeblich durch umfangreiche Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie geprägt. Während 2021 neuerlich die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse unvermeidlich ist, wird ab 2022 angestrebt, zur Normalregelung der Schuldenregel zurückzukehren. Hier besteht aber erhebliche finanzieller Handlungsbedarf.

UNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

Die Verkehrsausgaben sinken im Entwurf der Bundesregierung gegenüber 2020 um 7,3 % auf knapp 34,1 Mrd. Euro. Trotz dieses Ausgabenrückgangs steigen die klassischen Verkehrsinvestitionen (der Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße) 2021 auf rund 18,6 Mrd. Euro. Mit dem Konjunktur- und Zukunftspaket werden unter anderem die Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger erhöht. So werden für das „Schnellläuferprogramm Digitale Schiene“ 400 Mio. Euro im Jahr 2021 bereitgestellt (2020 bereits 100 Mio. Euro). Für Investitionen in Bundeswasserstraßen und zur Förderung der Schifffahrt sind im Haushaltsentwurf infolge des Konjunktur- und Zukunftspakets bis 2024 insgesamt 554 Mio. Euro enthalten (davon 2021 allein 293 Mio. Euro).

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT- SICHERHEIT NATURESCHUTZ UND KLIMAREGULIERUNG

Der Ausgabenrahmen sinkt insgesamt gegenüber dem Soll 2020 um knapp 350 Mio. Euro auf 2,68 Mrd. Euro. Dennoch werden in erheblichem Umfang Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Klimas finanziert. So steigen die Mittel für die internationale Klimaschutzinitiative 2021 auf 600 Mio. Euro, um eine klimafreundliche Erholung der Wirtschaft von der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Auch zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und für den Insektenschutz wird sich der Bund weiter stark engagieren und hierfür bis 2024 jährlich 40 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Für die Finanzierung und Durchführung der Zwischen- sowie Endlagerung radioaktiver Abfälle und das Standortauswahlverfahren sind 2021 insgesamt 1,2 Mrd. Euro vorgesehen.

GENERALDEBATTE: BUNDESKANZLERIN UND BUNDESKANZLERAMT

Im Regierungsentwurf ist ein Ausgaberrahmen von knapp 3,4 Mrd. Euro vorgesehen. Darin enthalten sind auch das Budget der Staatsministerin für Kultur und Medien sowie der Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration. Traditionell ist die Beratung des Einzelplans „Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt“ der Anlass für die politische Generaldebatte.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

Der Haushaltsentwurf sieht für den Bereich Landwirtschaft 7,7 Mrd. Euro vor, was einen Ausgabenanstieg um knapp 9,2 % im Vergleich zum Jahr 2020 bedeutet. Den Schwerpunkt bildet dabei weiterhin die Förderung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems. Hierfür stehen 4,2 Mrd. Euro zur Verfügung; darin enthalten sind 177 Mio. Euro Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind 1,16 Mrd. Euro vorgesehen. Enthalten sind hier auch Mittel zur Verbesserung des Tierwohls sowie für die Bewältigung der durch Extremwetterlagen verursachten Waldschäden und den klimagerechten Waldumbau. Allein die Konjunkturmaßnahmen Wald und Holz belaufen sich auf 470 Mio. Euro. Zusätzlich wird 2021 mit dem Investitions- und Zukunftsprogramm der Transformation des Prozess in der Landwirtschaft in Folge der Änderung der novellierten Düngemittelerordnung mit 250 Mio. Euro unterstützt (bis 2024 insgesamt 1 Mrd. Euro).

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN, FÜR BAU UND HEIMAT

Für das Ministerium ist 2021 ein Ausgabenrahmen von knapp 18,3 Mrd. Euro vorgesehen. Gegenüber 2020 ist dies ein Anstieg um knapp 16,8 % oder rund 2,6 Mrd. Euro. Allein im Bereich der Inneren Sicherheit steigen die Mittel im Jahr 2021 auf rund 6,9 Mrd. Euro. Darin enthalten sind Mittel für die vierte und letzte Tranche der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes. Für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden im Jahr 2021 als Teil des Konjunkturpakets 1,4 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im Baubereich steigt der Ansatz für das Wohngeld im Jahr 2021 um 140 Mio. Euro auf 735 Mio. Euro. Für das Baukindergeld sind für das kommende Jahr knapp 900 Mio. Euro vorgesehen. Zudem stehen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 2021 bis 2024 jeweils 1 Mrd. Euro Finanzhilfen für die Länder zur Verfügung.

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT

Der Ausgabenrahmen beläuft sich im kommenden Jahr rund 24,3 Mrd. Euro. Das entspricht einem Rückgang um rund 41 % im Vergleich zum Pandemiebeginn sehr hohen Soll 2020. Größter Posten ist nach wie vor der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds. 2021 beläuft sich dieser auf insgesamt 19,5 Mrd. Euro. Davon resultieren 14,5 Mrd. Euro aus der seit 2017 festgeschriebenen Entlastung der Kassen für versicherungs-fremde Leistungen, weitere 5 Mrd. Euro sind pandemiebedingt und dienen der Sicherstellung der Sozialgarantie. Zusätzlich sind für den Krankenhaus-Zukunftsfonds Mittel in Höhe von 3 Mrd. Euro vorgesehen.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Der Regierungsentwurf sieht im Jahr 2021 eine Senkung der Ausgaben des Ministeriums um knapp 4,2 % gegenüber dem Vorjahr vor. Der Gesamtetat beläuft sich damit auf rund 10,1 Mrd. Euro. Davon resultieren 2 Mrd. Euro aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket. Insbesondere für transformationsrelevanten Innovationen (Fahrzeuge, Schiffbau, moderne Flugzeuge) sind erhebliche Mehrausgaben veranschlagt. Zudem stehen 2021 für außerwirtschaftliche Partnerschaften zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie 390 Mio. Euro zur Verfügung. Die im Zuge der Corona-Hilfsmaßnahmen eingerichteten Pandemievorsorge- und Bekämpfungstitel werden auf rund 360 Mio. Euro erhöht. Für das Förderprogramm infektionsschutzgerechtes Lüften sind 200 Mio. Euro im Jahr 2021 vorgesehen. Auch die Mittel für die Raumfahrt werden erneut angehoben. Des Weiteren sind 2021 im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg erstmalig Anpassungsgelder zugunsten der bislang in der Braunkohleindustrie Beschäftigten vorgesehen.

SCHLUSSRUNDE HAUSHALTSGESETZ 2021

Schlussrunde Haushaltsgesetz 2021. In einer Schlussdebatte zur 1. Lesung werden die Debatten der Einzelpläne zusammengefasst. Der Regierungsentwurf wird demnach in die Beratungen des Haushaltsausschusses überwiesen.

WAHLKREIS AKTUELL



VOLLES HAUS BEIM KENNENLERN-TREFF DER CDU-LANGWEDEL

Volles Haus beim Kennenlern-Treffen der CDU-Langwedel im Waldschlösschen Daverden. Über 50 Interessierte waren gekommen, um sich über den Einstieg in Kommunalpolitik und Ratsarbeit zu informieren und Kontakte zu Ratsmitgliedern, Kandidaten sowie zum Vorstand der Langwedeler CDU zu knüpfen.

Ich bin völlig überwältigt davon, wie viele Bürgerinnen und Bürger auf unsere Einladung reagiert haben und was für einen tollen Zuspruch dieses erste Kennenlern-Treffen hatte. Zwölf Jahre habe ich mich als ehemaliger Langwedeler Bürgermeister bewusst aus der lokalen Politik herausgehalten. Bei den 2021 anstehenden Kommunalwahlen werde ich aber meinen Hut wieder in den Ring werfen. Wir müssen die Lagegunst, die unsere Gemeinde allein schon wegen der von uns erkämpften Autobahnabfahrt besitzt, künftig intensiver nutzen und dafür Sorge tragen, dass ausreichend Gewerbe- und Wohnbauflächen zeitnah verfügbar sind. Wenn wir Neubürger zu uns holen und unsere jungen Menschen in der Gemeinde halten wollen, müssen wir ihnen künftig attraktivere Angebote machen können als bisher.

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de



115.000 EURO FÜR AUS-UND NACHRÜSTUNG VON LKW UND BUSEN IM WAHLKREIS

Für Unternehmen aus dem Wahlkreis Osterholz/Verden wurden im Förderprogramm für die Ausrüstung von Kraftfahrzeugen mit Abbiegeassistenzsystemen in der Förderperiode 2019 insgesamt 35 Abbiegeassistenzsysteme bewilligt und ausbezahlt. Das habe ich im Bundesverkehrsministerium erfahren. Gerade beim Abbiegen ist es für Bus- und Lastwagenfahrer schwer, den Überblick zu behalten und zu verhindern, dass sich Fußgänger oder Radler im toten Winkel befinden.

Die Abbiegeassistenten schaffen einen substanziellen Beitrag für mehr Sicherheit und Schutz von Fahrradfahrern. Das dazu gehörige Förderprogramm wurde im Januar 2019 gestartet, um mit Hilfe von optischen und akustischen Warnsignalen, Unfälle mit Fußgängern und Radfahrern an Kreuzungen zu verhindern.

Derzeit beläuft sich die Gesamtfördersumme für beantragte und bewilligte Abbiegeassistenten im Wahlkreis Osterholz/Verden auch rund 115.000 Euro.